

## Die deutsche Gesellschaft nach der Vereinigung aus der Sicht eines Europäers

Cavalli, Alessandro

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Cavalli, A. (1996). Die deutsche Gesellschaft nach der Vereinigung aus der Sicht eines Europäers. In L. Clausen (Hrsg.), *Gesellschaften im Umbruch: Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995* (S. 552-562). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-140488>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# Die deutsche Gesellschaft nach der Vereinigung aus der Sicht eines Europäers

*Alessandro Cavalli*

Werturteilsfreies Denken ist erst dann möglich, wenn Wertstandpunkte von Anfang an offengelegt werden. Entsprechend dieser Überzeugung erkläre ich gleich, daß meiner persönlichen Wertskala zufolge die Nation nur eine zweitrangige Bedeutung hat.

In diesem Beitrag wird die Frage nach der deutschen Einheit aus der Sicht eines Europäers zu beantworten versucht. Ich gehe dabei von der Annahme aus, daß es keine nationale Fragen als solche gibt, sondern nur Probleme, die als nationale Probleme definiert werden.

Die Art der Definition hängt vom Standpunkt des Beobachters ab. Ich erlaube mir, die Frage nach der deutschen Einheit aus der Sicht eines überzeugten Europäers zu stellen.

## 1. Vorsicht! Vorurteilsgefahr!

Die hier gewählte Perspektive ist mit der Gefahr verbunden, den traditionellen Vorurteilen über den Nationalcharakter aufzusitzen. Zwar sind Vorurteile unentbehrlich, solange wir synthetische Formeln brauchen, um unsere Erwartungen zu strukturieren; Vorurteile sind jedoch zur besseren Verständigung und in der Zusammenarbeit zwischen den Völkern hinderlich. Daher ist Vorsicht angezeigt und größere Aufmerksamkeit diesem Phänomen gegenüber geboten. Soziologen und Sozialpsychologen haben sich in den letzten Jahrzehnten verhältnismäßig wenig mit Vorurteilsforschung beschäftigt. Mir sind keine großangelegten Untersuchungen darüber bekannt, welche Vorstellungen die Bevölkerungen der verschiedenen europäischen Länder eigentlich voneinander haben. Wir wissen nach wie vor zu wenig darüber, wie derartige Vorstellungen über-

haupt zustande kommen, wie und wann sie sich über die Zeit verändern, wie und wann sie von einer Generation zur anderen weitervermittelt werden. Es ist erstaunlich, daß nach den bahnbrechenden Studien von G. Allport<sup>1</sup> – wenn ich richtig sehe – nur wenig Fortschritt auf diesem Gebiet erbracht worden ist. Dieser Mangel ist umso erstaunlicher, als die Europäer den Versuch unternommen haben, ein gemeinsames europäisches Haus zu bauen. Das Beharren auf Vorurteilen hätte diesen Aufbau behindern können. Erst jüngst hat man etwa anläßlich der Volksabstimmungen zum Beitritt in die EU in den skandinavischen Ländern feststellen können, daß sich traditionelle Vorurteile und Vorbehalte nur schwer abbauen lassen. Vorurteile sind vereinfachte Verallgemeinerungen, die nur wenig darüber sagen, welche Verhaltens- oder Denkweisen in einer Bevölkerung bestehen. Sie dienen hauptsächlich dazu, das Bild des eigenen Volkes durch Definition von Unterschieden zu prägen; Selbstbild und Fremdbild sind daher wechselseitig voneinander abhängig. Auch Soziologen können nicht von sich behaupten, gänzlich gegen Vorurteile gefeit zu sein. Die einzige Möglichkeit, dieser Gefahr entgegenzutreten, besteht darin, sich der Vorurteile bewußt zu sein. Daß es in Europa Vorurteile über Deutschland gibt, braucht nicht erst nachgewiesen zu werden. Unbekannt ist jedoch, wie sich nationale Stereotypen verändern. Die Fragen etwa danach, ob sie sich durch die Zunahme und Verdichtung der internationalen persönlichen Beziehungen im Laufe der Nachkriegszeit verändert haben, welche Merkmale sich dabei womöglich verstärkt und welche sich abgeschwächt haben, lassen sich nur schwer beantworten.

## 2. Die deutsche Einheit in der öffentlichen Meinung der westeuropäischen Länder

Die deutsche Einigung von 1990 hat wieder Anlaß dazu gegeben, sich darüber Gedanken zu machen, wie das Schicksal Deutschlands mit demjenigen Europas zusammenhängt. Wenn man die Einstellungen der Europäer zur deutschen Einheit beschreiben will, ist man zunächst auf die Meinungen angewiesen, die in der Tagespresse erscheinen, wobei von der stillschweigenden (und falschen) Annahme ausgegangen wird, diese gäben eine hinreichende Auskunft über derartige Einstellungen. Zweifellos hat die öffentliche Meinung in Europa den Vorgang der deutschen Einigung aufmerksam verfolgt. Bei der Vorbereitung meines Beitrages zum Soziologenkongreß habe ich (wenn auch unsystematisch) einige europäische Zeitungen (*Le Monde*, *El País*, *The Guardian* und natürlich die italienische Presse) durchblättert und eine ganze Reihe von Zeitungsausschnitten zur

deutschen Frage gesammelt. Eine systematische Inhaltsanalyse konnte aus Zeitgründen nicht erstellt werden. Es kann sich daher nur um erste Eindrücke handeln, die ich im folgenden wiedergebe; sie stammen sowohl aus der Lektüre dieser Pressemitteilungen als auch aus meinem langjährigen Interesse an der deutschen Frage und meiner noch längeren und intensiven Beschäftigung mit und Zuneigung zu der deutschen Kultur.

Ganz allgemein läßt sich beobachten, daß die deutsche Einheit mit ambivalenten Gefühlen aufgenommen worden ist, mit Genugtuung einerseits und gleichzeitig mit Befürchtungen andererseits. Niemand hat ernsthaft das Recht des deutschen Volkes bestritten, in einem geeinten Staatengebilde zu leben. Die Gespenster der Vergangenheit jedoch sind nur schwer aus dem kollektiven Gedächtnis zu vertreiben. Man ist heute noch nicht so weit, die Geschichte Europas des 20. Jahrhunderts unter einer genuin europäischen Perspektive zu betrachten. Das Zeitalter des extremen Nationalismus und Faschismus wird im sozialen Bewußtsein noch nicht als gesamteuropäisches Phänomen gesehen, sondern immer noch als italienische, deutsche bzw. spanische Erscheinung. Damit soll nicht geleugnet werden, daß es auch ausgeprägte nationale Sonderzüge gibt; diese werden jedoch im Rahmen einer nationalen Geschichtsbetrachtung einseitig hervorgehoben. Ich will hier nicht die Diskussion über die sogenannte ›revisionistische‹ Geschichtsdeutung des Faschismus eröffnen. Der »Historikerstreit« hat im Ausland sehr große Aufmerksamkeit geweckt<sup>2</sup>, aber er soll uns hier nicht weiter beschäftigen. Ich bin jedoch der Überzeugung, daß sich sowohl Geschichtsschreibung wie -didaktik in den kommenden Jahrzehnten ein anderes Verständnis von der Geschichte und andere Geschichtsbilder hervorbringen werden als die heute vorherrschenden. Heute ist das historische Gedächtnis der beiden Weltkriege noch wach. Ein großer deutscher Staat in der Mitte des europäischen Kontinents ruft nach wie vor Befürchtungen hervor. Diese Befürchtungen mögen auf Vorurteilen beruhen; aber daß sie bestehen, ist ein sozialer Tatbestand.

Die europäische öffentliche Meinung ist, wie gesagt, gegenüber den langfristigen Folgen der deutschen Einigung ambivalent. Vereinfacht lassen sich zwei Szenarien vorstellen, die in verschiedenen Ausprägungen und Versionen zum Ausdruck kommen. Das erste Szenario betont mehr die äußeren, das zweite mehr die inneren Verhältnisse.

Einerseits wird der Prozeß der wirtschaftlichen und sozialen Integration der neuen Bundesländer grundsätzlich als erfolgreich hingestellt. Die Übergangsphase wird noch eine Zeitlang andauern, jedoch nicht mehr als 5-6 Jahre, höchstens bis Ende des Jahrtausends. Wenn diese Phase abgeschlossen ist, wird Deutschland in der Lage sein, eine hegemoniale Rolle über West- und Osteuropa

zu übernehmen. Trotz des riesigen Aufwands an Ressourcen, die in den neuen Ländern investiert worden sind, ist die Stärke der DM ein deutlicher Beweis dafür, daß Deutschland erwartungsgemäß die wirtschaftlich und politisch führende Rolle in Europa übernommen hat und in Zukunft wohl auch übernehmen wird. Die Stärke der DM ist nicht nur ein Zeichen des Vertrauens der Deutschen in die Bundesrepublik, sondern auch eines großen Teils der Finanzelite der ganzen Welt. Dieses Vertrauen ist die Basis – so meinen viele – der künftigen deutschen Hegemonie. Diesem ersten Urteil steht ein zweites gegenüber: Die Schwierigkeiten der Integration der neuen Bundesländer sind größer als erwartet.

Ihre Bewältigung erfordert die Konzentration aller Anstrengungen der Bundesbürger. Durch die dadurch erforderliche Aufgabenverlagerung nach innen wird sich Deutschland weniger um die äußeren bzw. europäischen Angelegenheiten kümmern können; folglich wird es seine Rolle als Motor des europäischen Einigungsprozesses vernachlässigen. Die Frage der nationalen Einigung wird Vorrang vor der Frage der europäischen Einigung haben.

Trotz aller Gegensätzlichkeit dieser beiden Standpunkte stimmen sie darin überein, daß sie Befürchtungen zum Ausdruck bringen. Das neue vereinte Deutschland wird in beiden Positionen als unbequemer Partner empfunden, das eine Mal, weil seine Präsenz als zu groß, das andere Mal, weil seine Präsenz als zu klein eingeschätzt wird. Diese beiden Szenarien seien jetzt näher betrachtet, wobei von dem letzteren ausgegangen wird.

### 3. Die Überwindung des Dualismus

Mit einer gewissen Genugtuung ist gesagt worden: »Jetzt hat auch Deutschland seinen Mezzogiorno!« Für die Italiener, die den Deutschen gegenüber einen gewissen Minderwertigkeitskomplex haben (der aus einer Mischung von Bewunderung und Neid besteht), kann diese Behauptung eine Strategie sein, um sich mit den Deutschen auf eine Ebene zu stellen. Für diese Analogie kann aber kaum mit guten Gründen argumentiert werden. Der größte Unterschied liegt vielleicht darin, daß im Mezzogiorno jeder Modernisierungsversuch sowohl auf wirtschaftlicher als auf kultureller und politischer Ebene auf den Widerstand der traditionellen Eliten gestoßen ist, so daß die Notwendigkeit bestand, Kompromisse mit ihnen einzugehen. In der DDR ist ein politisches System zusammengebrochen, das seine Eliten, oder zumindest ihren größten Teil mit in den Fall gerissen hat. Darüber hinaus ist zu bedenken, daß Ostdeutschland ein hochindustrialisiertes Land war, auch wenn seine Industrie auf dem Weltmarkt nicht kon-

kurrenzfähig war; der Mezzogiorno dagegen hat nie eine echte industrielle Revolution durchgemacht.

Sehen wir also lieber von den Analogien ab und beschränken uns auf die Probleme der Gegenwart in den neuen Bundesländern! Das einzige gemeinsame Merkmal zwischen dem Mezzogiorno und Ostdeutschland bezieht sich auf den Sachverhalt, daß beide Fälle einer dualistischen Gesellschaftsstruktur darstellen. Mit der Einverleibung der früheren DDR hat die Bundesrepublik nach 1990 eine deutlich »dualistische« Sozialstruktur angenommen. Eine dualistische Gesellschaft<sup>3</sup> ist eine solche, in der die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Gegensätze (cleavages) entlang einer territorialen Achse laufen. Dualismus innerhalb eines Wirtschaftssystems bedeutet ungleiche (territoriale) Verteilung des Einkommens, unterschiedliche Bedingungen bei der Beschaffung von Produktionsfaktoren (z.B. Einkommen, Ausbildung der Arbeitskräfte, Ausbau des Finanzmarktes usw.), ungleiche Entwicklung der Infrastruktur (Energie, Verkehrswege), sowie unterschiedliches Konsum- und Sparverhalten und anderes mehr. Eine dualistische Gesellschaft ist nicht einfach eine durch ein dualistisches Wirtschaftssystem charakterisierte Gesellschaft. Der Dualismus erstreckt sich auch auf das Gebiet der Politik und der Kultur. In der Politik drückt er sich etwa durch die Mechanismen der Interessenvertretung und -vermittlung sowie in der Parteibildung aus und ist auch im Wahlverhalten erkennbar. Ein Anzeichen von politischem Dualismus ist etwa, wenn politische Parteien (wie etwa die PDS) auffallend stärker in einem Teil des Landes vertreten sind als in dem anderen. Von Belang ist natürlich auch der Dualismus in der Struktur und der Kultur der öffentlichen Verwaltung (Selektion und Karriere des Beamtentums, sozialer Status und Prestige, Einstellungen zum Bürger und Gebrauch der öffentlichen Dienstleistungen). Kultureller Dualismus betrifft dagegen die allgemeinen Wertorientierungen und Lebenseinstellungen. Robert Putnam<sup>4</sup> hat kürzlich eine kulturell deterministische Deutung des Dualismus für den Fall des italienischen Mezzogiorno gegeben. Für die uns hier interessierenden Probleme sind natürlich jene Aspekte des Dualismus von Belang, die die »politische Kultur« betreffen. Auf diesem Gebiet macht sich der Einfluß sowohl von traditionellen Zügen als auch von historischen Erfahrungen, die den Prozeß der politischen Sozialisation der verschiedenen Generationen geprägt haben, geltend. Denkt man an die historischen Erfahrungen, die die verschiedenen Generationen in der DDR durchgemacht haben, und vergleicht man sie mit denjenigen der entsprechenden Generationen in der Bundesrepublik, so fällt auf, wie groß die Kluft ist, die die Geschichte im historischen und politischen Bewußtsein hervorgebracht hat.

Aus diesem kurzen Überblick wird deutlich, daß der Dualismus quer durch alle Sphären des sozialen Lebens und der sozialen Organisation verläuft. Die

Probleme, vor denen die neuen Bundesländer stehen, lassen sich nur bedingt mit denjenigen vergleichen, die die anderen osteuropäischen Länder zu bewältigen haben, nämlich Demokratisierung der politischen Struktur und Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft. Der Übergang findet hier innerhalb einer dualistischen Gesellschaft statt, und dies führt sowohl Vor- wie auch Nachteile mit sich. Ein Vorteil besteht darin, daß den Gleichheitsansprüchen des benachteiligten Teiles innerhalb eines einheitlichen Staatengebildes eine höhere Legitimität zugesprochen wird. *Other conditions being equal*, ist Solidarität im Inneren eines Staates vermutlich eher zu verwirklichen als Solidarität zwischen zwei Staaten. Ich habe diese restriktive Bedingung hervorgehoben, da Solidarität (verstanden als Bereitschaft eines Teiles der Bevölkerung, sich zu Gunsten des anderen Bevölkerungsteiles Opfer aufzuerlegen) eine hohe Legitimität der politischen Ordnung voraussetzt. In den letzten fünf Jahren haben die neuen Bundesländer Mittel und Expertise aus den alten Bundesländern in Anspruch nehmen können, die sich die anderen osteuropäischen Länder nur aus dem Ausland zu verschaffen vermögen.

Ein Nachteil ist das Abhängigkeitsverhältnis, das zwischen den beiden Teilen Deutschlands besteht. Dieses Verhältnis ist vielschichtiger Art, jedoch von ein und demselben Merkmal geprägt. Der eine Teil neigt regelmäßig dazu, die aktive Rolle in der Beziehung zu übernehmen, während der andere Teil eine passive und abwartende Haltung einnimmt. Der schwächere Teil versteht sich selbst eher in der Rolle des Opfers; die andere Seite jedoch bezichtigt ihn, bloßer Nutznießer zu sein. Kurz, die Beziehung zwischen den beiden Teilen Deutschlands befindet sich in einem gestörten und höchst labilen Gleichgewicht. Dieser labile Zustand wirkt sich auch auf die Ebene der subjektiven Einstellungen aus, die als Voraussetzung für den Entwicklungsprozeß angesehen werden können, nämlich Unabhängigkeitsbewußtsein und Unternehmungsgeist. Diese Einstellungen spielen in jedem Modernisierungsprozeß eine entscheidende Rolle; sie können sich aber unter den Bedingungen eines gestörten und labilen Gleichgewichtes nur schwer entwickeln.

Darüberhinaus ist auch vorstellbar, daß politische und ökonomische Maßnahmen, die mit der Absicht ergriffen worden sind, den Dualismus zu überwinden, unbeabsichtigte und unerwünschte Folgen zeitigen werden. Bekanntlich treten im Bereich der Entwicklungspolitik häufig sog. perverse Effekte auf. Oft genug haben z.B. Maßnahmen zur Verhinderung von Auswanderung neue Migrationswellen ausgelöst; Subventionen, die die Schaffung neuer Unternehmungen hätten begünstigen sollen, sind faktisch zu einer Art neuer Sozialhilfe geworden; Anreize zum Sparen und zur Investition haben im Gegenteil den Konsum neuer Güter stimuliert; usw.

Ein entscheidender Vorteil bei der Überwindung des Dualismus scheint die föderalistische Struktur der Bundesrepublik zu sein. Eine zentralistische Struktur behindert die Übernahme von Verantwortung auf lokaler Ebene und damit auch die Bildung von Eliten, die eine selbstständige und dynamische Rolle im Übergangsprozeß übernehmen könnten. Die Erfahrung (nicht nur diejenige der Bundesrepublik) hat gezeigt, daß föderalistisch strukturierte Gesellschaften eher in der Lage sind, ein höheres Konfliktniveau und soziale Heterogenität zu ertragen, als zentralistisch organisierte Staaten. In der Tat gab es in den letzten fünf Jahren in der Bundesrepublik erhebliche Spannungen, die auf die schwierige Lage der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern zurückzuführen sein dürften. Gemeint ist der Ausbruch des Rechtsradikalismus, der im Ausland ein übertriebenes Echo gefunden hat. Im allgemeinen scheint die Fähigkeit der Bundesrepublik, diese Ausschreitungen zu kontrollieren, beträchtlich zu sein.

All diese Überlegungen dürften hinreichend deutlich gemacht haben, daß sich die Probleme der deutschen Einheit nicht kurzfristig lösen lassen. Deutschland wird sich auf lange Sicht mit seinen internen Problemen beschäftigen müssen. Man kann Wolf Lepenies zustimmen, wenn er schreibt: »Vereint im Sinne nicht nur einer Angleichung der Lebenschance, sondern einer zunehmenden Übereinstimmung der Lebenslagen, zu der eine gemeinsame Zukunftsperspektive ebenso gehört wie eine miteinander geteilte historische Identität, werden erst jene Deutschen sein, die nach dem 3. Oktober 1990 geboren wurden.«<sup>5</sup>

Diese zukünftige Phase der intensiven Selbstbeschäftigung mit den Problemen einer dualistischen Gesellschaft wird jedoch nicht notwendigerweise bedeuten, wie so manche glauben, daß Deutschland in der nächsten Zukunft auf der internationalen Bühne nicht auftreten wird.

#### 4. Ist Deutschland gezwungen, eine hegemoniale Rolle in Europa zu übernehmen?

Eine oft gestellte Frage ist diejenige nach der Einstellung des vereinten Deutschland zur europäischen Einigung. Diese Frage wird in Deutschland selbst stark debattiert, wie die Stellungnahmen insbesondere der CDU-Europa-Experten (Lammers, Schäuble usw.) beweisen. In allen europäischen Ländern, abgesehen von Italien, ist die Frage nach der Zukunft der EU eine Frage, die zu neuen sozialen Spaltungen (*cleavages*) geführt hat. Die Eliten, die politischen Führungskräfte und die öffentliche Meinung sind in zwei Fronten gespalten (in die ›Euro-skeptiker‹ und die ›Euroenthusiasten‹), die quer zu den traditionellen Parteigren-



zen verlaufen. Angesichts dieser Frage ist die traditionelle Unterscheidung zwischen links und rechts nur undeutlich erkennbar. In Deutschland scheint das Bekenntnis zur Fortsetzung des Prozesses der europäischen Einigung – zumindest wenn man den öffentlichen Äußerungen der wichtigsten politischen Führungskräfte glauben darf – allgemein verbreitet zu sein. Der Bundeskanzler Helmut Kohl hat kaum eine Gelegenheit versäumt, um ausdrücklich zu betonen, daß sich die deutsche Einheit erst im Rahmen der europäischen Einigung verwirklichen lassen werde. Einige wichtige Führungseliten (darunter in erster Linie die Bundesbank) haben zwar ernste Bedenken gegenüber dem Maastrichter Verträgen erhoben (denn bekanntlich ist die Aufgabe eines Kerns der nationalen Souveränität – der Währungssouveränität – vorgesehen); auch sind die deutschen Wähler nie befragt worden, ob sie mit der Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses überhaupt einverstanden seien. Dennoch besteht kein Zweifel daran, daß die Führungskräfte die Europapolitik der Regierung befürworten und sie unterstützen. Betrachtet man jedoch die Ergebnisse des Eurobarometers, so hat die Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses durch die Bevölkerung der Bundesrepublik in den letzten Jahren erheblich abgenommen. Zwar ist diese Abnahme fast in allen Ländern festzustellen, und Ergebnisse der verschiedenen Volksabstimmungen über die EU in Frankreich, Dänemark, Österreich, Norwegen, Schweden und Finnland (und außerdem noch in der Schweiz) haben unmißverständlich gezeigt, daß die Zustimmung der jeweiligen Bevölkerung gegenüber der EU keineswegs einhellig ist.

Dieses steigende Desinteresse an Europa ist allein schon für die Euroenthusiasten Grund genug zur Unruhe; besonderen Anlaß zur Beunruhigung stellt aber die Tatsache dar, daß Deutschland davon betroffen ist. Warum nimmt Deutschland hierbei eine Sonderstellung ein? Die Antwort ist einfach. Ohne Deutschland (und Frankreich) kein Europa! Ohne Europa jedoch bleibt Deutschland isoliert und zwar in einer völlig neuen Situation in den internationalen Beziehungen, in der nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion das internationale Gleichgewicht sehr prekär ist. Ohne feste Einbindung in europäische Institutionen würde Deutschland auch gegen seinen eigenen Willen gezwungen werden, eine hegemoniale Rolle auf dem europäischen Kontinent zu spielen. Im Bereich der internationalen Beziehungen ist es ein fast automatischer Vorgang, daß in Situationen eines Machtvakuum das mächtigste Land dieses Vakuum ausfüllt. Besonders in Frankreich scheint das Bewußtsein ausgeprägt zu sein, daß diese Entwicklung einsetzen könne. Trotz aller Unentschiedenheiten und Unsicherheiten und trotz des Wiederauflebens eines tiefverwurzelten Nationalismus in breiten Schichten der Bevölkerungen haben die Führungspersönlichkeiten der französischen Wirtschaft und Politik eingesehen, daß die Beschleunigung

des Prozesses der europäischen Einigung eine Garantie darstellt, um die Hegemonie Deutschlands in Europa zu verhindern. Zur Zeit des Kalten Krieges war es in erster Linie das Bedürfnis nach Stärkung Westeuropas gegenüber der Sowjetunion und den Ländern des Warschauer Vertrages, das den Prozeß der europäischen Einigung begünstigt hat. Der im Osten vermutete Feind übernahm nicht zuletzt auch die Rolle, den Einigungsprozeß Europas voranzutreiben. Die problematische geopolitische Stellung Deutschlands in einer nicht mehr durch den Ost-West Konflikt geprägten Welt weist in dieselbe Richtung.

Die künftige Hegemonie Deutschlands in Europa kann, obwohl sie als Gefahr wahrgenommen wird, die Vertiefung und Erweiterung der EU in den kommenden Jahren positiv beeinflussen. Ein in ein geeintes Europa eingebundenes Deutschland wird weniger als hegemoniale Bedrohung empfunden werden. Die Verwirklichung dieses Szenarios setzt jedoch voraus, daß die beiden Prozesse der Vertiefung und der Erweiterung der EU gleichzeitig ablaufen. In diesem Zusammenhang sind die Begriffe der doppelten Geschwindigkeiten und der konzentrischen Kreise gefallen, die die heutige Europadiskussion bestimmen. Eine auf 20 Länder erweiterte EU würde selbstverständlich nicht viel mehr als ein bloßer Zollverein bedeuten, sofern nicht gleichzeitig eine Anzahl von Ländern bereit ist, die Integration auf einer höheren Stufe fortzusetzen. Die Erweiterung, besonders die Erweiterung nach Osten, wird insbesondere von denjenigen gutgeheißen, die sich davon versprechen, sie ginge auf Kosten der Vertiefung der europäischen Einigung.<sup>6</sup> Die Erweiterung Europas ohne ihre gleichzeitige Vertiefung würde einen entscheidenden Rückschritt im Integrationsprozeß bedeuten. Die Euroskeptiker sind die großen Befürworter einer Erweiterung der EU ohne Vertiefung der europäischen Einheit. Es gibt aber in Deutschland ebenso wie in den anderen europäischen Ländern eine Gegenpartei. So schreibt z.B. Konrad Seitz, der deutsche Botschafter in Rom, »handlungsfähig kann ein erweitertes Europa nur sein, wenn es einen harten, integrierten Kern hat«<sup>7</sup>. Die europäischen Partnerstaaten (Frankreich inbegriffen) würden, so setzt er fort, »eine deutsche Führungsrolle [...] akzeptieren [, ...] wenn es die Führungsrolle eines europäischen Deutschland für ein geeintes Europa ist«.

Die Verwirklichung dieses Szenarios hängt selbstverständlich nicht nur von Deutschland ab. Ohne Partner kann man keine Union bilden.

Man kann schwer vorhersagen, wie groß die Wahrscheinlichkeit für die Verwirklichung dieses Szenarios sein wird. Die Kernfrage bleibt diejenige nach der gemeinsamen Währung. Offensichtlich ist die Vollendung des Binnenmarktes ohne Währungsunion nicht zu vollziehen. Die ständige Möglichkeit, die Konkurrenzfähigkeit der eigenen Produkte durch Entwertung der eigenen Währung künstlich zu fördern, stellt das Prinzip eines Binnenmarktes in Frage. Der Pro-

zeß der wirtschaftlichen (und darüber hinaus der politischen und sozialen) Integration Europas ist weder automatisch noch irreversibel. Man könnte sagen, daß es sich um einen Prozeß handelt, in dem die Alternative des Stehenbleibens nicht gegeben ist: Entweder schreitet man voran (langsam oder auch stufenweise), oder man fällt in der Entwicklung zurück.

Es gibt keinerlei Grund für übertriebenen Optimismus. Sieht man den Vorgang der europäischen Einigung in historischer Perspektive, dann muß man zu der Folgerung gelangen, daß ein erfolgreiches Ergebnis sehr unwahrscheinlich ist. Bis jetzt gab es in der ganzen Geschichte kein Beispiel dafür, daß sich eine Gruppe von Staaten, die bis vor wenigen Jahrzehnten noch bitter gegeneinander gekämpft haben, friedlich, d.h. ohne Zwang und Unterdrückung, zusammengeschlossen hätten. Sollte dies dennoch gelingen, wäre es das erste Mal in der Geschichte und würde insofern eine epochale Innovation darstellen. Eine merkwürdige Denkweise hat sich in Bezug auf die europäische Einigung entwickelt: Man beurteilt die kommenden Schwierigkeiten sehr realistisch, aber hält die erreichte Stufe der Integration für so gesichert, daß sie nicht mehr in Frage gestellt wird. Europa sei ein Weg ohne Rückkehr. Hierin zeigt sich – wie mir scheint – ein überholter Fortschrittsglaube, als ob die Menschen ohne Willen und Bewußtsein fast gezwungen wären, in der einmal eingeschlagenen Richtung weiter zu gehen. Faktisch aber gibt es keine linearen, irreversiblen sozialen Prozesse. Kaum hatte man den Nationalismus für tot erklärt, als der Bosnienkonflikt diese Todeserklärung auf tragische Weise dementierte. Auch die Demokratie ist in den westeuropäischen Ländern keineswegs eine ein für alle Mal gegebene Errungenschaft, und dies auch dann nicht, wenn die einstmaligen Widersacher im Osten ihre Waffen gestreckt haben; ich denke hier insbesondere an die Gefahren für die Demokratie, die sich gegenwärtig in Italien abzeichnen.

Zwar ist die Welt kleiner geworden und die globale und regionale Interdependenz ist jetzt unvergleichlich größer als vor einem halben Jahrhundert. Die nationale und die supranationale Dimension sind sehr eng miteinander verbunden. Streng genommen gibt es kein rein nationales Problem mehr. Auch die deutsche Einigung hat weitreichende Folgen für eine ganze Reihe von Ländern etwa dadurch gehabt, daß sich der Diskontsatz, den die Bundesbank sich gezwungen sah, auf einem relativ hohen Niveau zu fixieren, erheblich auf deren Wirtschaftslage ausgewirkt hat. Die Bundesbank ist deswegen zur Zielscheibe zahlreicher Angriffe geworden, weil ihr Verhalten nach Meinung vieler Kommentatoren die legitimen Interessen der europäischen Partnerländer nicht berücksichtigt habe. Diese kritische Haltung kommt in der einseitig formulierten Frage zum Ausdruck: Was hat Europa von Deutschland zu erwarten? Man sollte sich zumindest auch die umgekehrte Frage stellen: Was hat Deutschland von den anderen euro-

päischen Partnern bei der Bewältigung seiner innerdeutschen Probleme zu erwarten? Diese Frage mag naiv und utopisch klingen, aber wäre gerade deshalb ein Beweis dafür, wie weit entfernt das europäische Ziel ist. Man hat weitgehend übersehen, daß 1990 fast 17 Millionen Ostdeutsche auch gleichzeitig Bürger der EU geworden sind, und daß ihre Integration in Europa nicht nur eine innerdeutsche, sondern auch eine gesamteuropäische Herausforderung darstellt.

## Anmerkungen

- 1 Allport, Gordon (1958), *The nature of prejudice*, Garden City, N.Y.
- 2 Ein Beispiel ist das Buch von Rusconi, Gian Enrico, Hg. (1987), *Germania: un passato che non passa*, Torino.
- 3 Zum Begriff einer dualistischen Gesellschaft vgl. Berger, Suzanne / Piore, Michael J. (1980), *Dualism and discontinuity in industrial societies*, New York, N.Y.
- 4 Putnam, Robert (1993), *Making democracy work: Civic traditions in modern Italy*, Princeton, N.J.
- 5 Lepenies, Wolf (1992), *Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung*, Berlin: 14.
- 6 Vgl. Schwarz, Hans-Peter (1994), *Außenpolitische Agenda für das Fin de siècle*. In: *Merkur* (1994): 784.
- 7 Seitz, Konrad (1994), *Deutschland und Europa in der Weltwirtschaft von Morgen*. In: *Merkur* (1994): 846.